

Das Bruttoinlandsprodukt unterschätzt digitale Wohlfahrtseffekte

Wir sind besser als gedacht

Nobelpreisträger Robert Solow entdeckte das Produktivitätsparadoxon: Trotz digitaler Revolution und Industrie 4.0 hat sich der Produktivitätsfortschritt – der Anstieg der Wertschöpfung bei gegebenem Ressourceneinsatz – in den Industrieländern zwischen 2005 und 2014 gegenüber dem vorangegangenen Jahrzehnt etwa halbiert. Entsprechend fiel das Wachstum der letzten 15 Jahre auf jährlich ein Prozent. Wie paßt das zusammen?

Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) mißt die jährliche Summe aller bewerteten Waren und Dienstleistungen – ohne Vorleistungen, um Doppelzählungen zu vermeiden. Das BIP ist als Wohlstandsindikator brauchbar, wenn Eindeutigkeit vorliegt: Steigt das BIP, muß der Wohlstand steigen und umgekehrt. Bekannt sind Überschätzungen des BIP, die auf Umweltsünden und gesundheitsschädlichem Verhalten beruhen. Deren Reparatur geht in die Berechnung ein, obwohl die Kosten vermeidbar wären (Gesundheit) oder als Verbrauchsfaktor der Produktion (Umwelt) nicht berücksichtigt wurden. Andersherum kommt es zu Unterschätzungen, indem Hausarbeit, Heimwerken und Ehrenamt nicht erfaßt werden. Allein die Nichterfassung der Schattenarbeit weist das BIP um bis zu 15 Prozent zu niedrig aus. Auch die Digitalisierung ist mit Eigenschaften verbunden, die die Wohlfahrtseffekte unterschätzen. Zum einen macht die Industrie 4.0 die Produktion kostengünstiger.



VON DIRK MEYER

»Die unentgeltlichen Dienste werden auf jährlich 106 Milliarden Dollar geschätzt.«

Wenn dadurch der Preis für das gleiche Produkt um zehn Prozent sinkt, vermindert sich entsprechend sein Beitrag zum BIP – es sinkt. Häufig gehen mit der Digitalisierung zudem Qualitätsverbesserungen wie eine bessere Präzision, Energieeinsparungen, flexiblere Ausführungen etc. einher. Da sie jedoch häufig nicht zu höheren Kosten führen, werden sie im Regelfall auch keinen Preiseffekt haben – das BIP bleibt unverändert. Wir greifen schnell auf Informationen aus dem Netz zu: die Google-Recherche, Auskunftsdienste, der Youtube-Film. Statistisch werden diese Internetdienste – da preisfrei – mit Null bewertet. Früher preisstrahlende Produkte haben plötzlich freien Zugang bei teils größerem Nutzen: Wikipedia, Google-Maps und Musikstream statt Brockhaus-Lexikon, Stadtpläne und Musik-CDs. Die Bürosoftware von Microsoft wird durch sogenannte Freeware ersetzt. Darüber hinaus haben elektronische Plattformen wie Ebay und Amazon den Preiswettbewerb erheblich gesteigert – wieder ein statistisch wirksamer BIP-Rückgang.

Die unentgeltlichen Dienste in den USA werden auf jährlich 106 Milliarden Dollar geschätzt. Studien für Großbritannien ergeben einen Wachstumszuwachs von 0,35 bis 0,66 Prozent. Bezogen auf den einprozentigen Wachstumstrend heißt das: Wir sind besser, als uns das BIP zeigt.

Prof. Dr. Dirk Meyer lehrt Ökonomie an der Helmut-Schmidt-Universität Hamburg.

Händler müssen alte Elektrogeräte zurücknehmen

Noch mehr Recycling

Von Ronald Gläser

Letzte Woche auf dem Recyclinghof der Berliner Stadtreinigung (BSR): Nach drei gescheiterten Versuchen ist es endlich gelungen, einen kaputten Kaffeeautomaten und einen Staubsauger loszuwerden. Sie landen in einem orangefarbenen Container für Elektroschrott. Zuvor war mir die Lektion erteilt worden, daß der Staats-Monopolist BSR nicht durchgängig öffnet. Zwei weitere Versuche scheiterten an einer langen Schlange. In Zukunft könnte das einfacher werden. Auf den ersten Blick zumindest. Seit Montag müssen jetzt auch Onlinehändler Elektrogeräte zurücknehmen. Für Rasierer, Fön und Handy bis zu 25 Zentimeter Größe gilt das sogar rückwirkend, für größere Sachen erst bei Neukauf. Eigentlich gut, oder? Doch wie das so mit Zwangsmaßnahmen ist: Zum einen bleibt das mulmige Gefühl, daß der Staat eigene Firmen entlasten will. Zum anderen wird jeder Händler die Mehrkosten irgendwo in seiner Preiskalkulation verstecken. Er ist ja Geschäftsmann – und kein Idiot.

Und dann überhaupt dieses Trennen. Umweltbewusstsein und Sparsamkeit sind natürlich wichtige Tugenden. Muß das auch schon wieder der Staat machen? Mit Zwang? Die Mülltrennung ist doch längst zu einem Dogma geworden, da sie angeblich einen großen Nutzen schafft. Ist das so? Jemand müßte mal den Verlust an Lebenszeit berechnen, der durch Mülltrennung entsteht. Wenn jeder Deutsche pro Tag eine halbe Minute mit Mülltrennung beschäftigt ist, dann entspricht das fast 700.000 Arbeitsstunden mit einem Wert von 5,8 Millionen Euro, wenn wir nur vom Mindestlohn ausgehen. Und das jeden Tag. Geklaute Lebenszeit. Der Nutzen? Fraglich. Wenn es sich lohnen würde, dann hätte längst jemand ein tragfähiges Geschäftsmodell für Recycling entwickelt. Das gibt es aber nicht. Es ist es wohl dauerhaft defizitär. Das heißt: Es wird Kapital dabei vernichtet. Das aber hat mit der Nachhaltigkeit, die die Befürworter solcher Gesetze so gerne beschwören, nichts zu tun.



Roboterfabrik: Ein Arbeiter bei der Montage eines Kuka-Roboters im Augsburgener Werk der nun bald in chinesischen Händen befindlichen Firma

Roboter werden zu Lobotel

Kuka: Chinesische Midea übernimmt Roboterhersteller / Gefahr durch „Made in China 2025“-Strategie?

DIRK FISCHER

Die Übernahme des Roboterherstellers Kuka durch den chinesischen Hausgeräte-Hersteller Midea ist schon vor Ablauf der Angebotsfrist unter Dach und Fach. Die Chinesen halten bereits jetzt über 85 Prozent an der Augsburgener Firma. Sie hatten sich zu Jahresbeginn zunächst 13 Prozent gesichert, um dann ein Übernahmeangebot von 115 Euro pro Aktie vorzulegen. Das lag damit 35 Prozent über dem Börsenkurs, was einem Unternehmenswert von 4,6 Milliarden Euro entspräche. Anfang Juli entschieden sich dann mit dem Unternehmer Friedhelm Loh und dem Voith-Konzern die beiden größten Anteilseigner, das Angebot anzunehmen.

Die Übernahme der Firma, die bislang Endkunden kaum bekannt ist, ist symptomatisch für das, was sich auf dem Standort Deutschland zur Zeit abspielt. Kuka-Maschinen sind bei den meisten Autoherstellern im Einsatz. Die Robotik gilt als Schlüsseltechnologie im Rahmen der sogenannten Industrie 4.0, bei der

Maschinen miteinander kommunizieren. Bei einer Übernahme wechseln auch die Patente den Besitzer. Es droht der Verlust eines Wissensvorsprungs in diesem Bereich. Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel warnte daher vor einem Ausverkauf deutscher Technologie und bevorzugte eine europäische Lösung. Dabei fielen die Namen Siemens und ABB – doch beide winkten ab. Ebenso die Autoindustrie als größter Nutzer von Kuka-Produkten. Offenbar überwog die Angst, bei der chinesischen Regierung in Ungnade zu fallen. EU-Kommissar Günther Oettinger forderte daraufhin ein europäisches Außenwirtschaftsgesetz für „strategisch wichtige Wirtschaftsbereiche“, um Forschung und Wertschöpfung in Europa zu halten.

Diese Übernahme ist Teil der „Made in China 2025“-Strategie, welche die Regierung in Peking 2015 beschlossen hat: Da das Land immer noch von der Schwerindustrie abhängig ist, die Lohnvorteile gegenüber dem Westen abnehmen und die Wachstumsraten sinken, unterstützt der Staat Unternehmen dabei, im Ausland moderne Technologie durch Übernahmen zu erwerben. Als Anreize dürfen sie auf Subventionierung

und öffentliche Aufträge hoffen. Staatliche Banken helfen bei der Finanzierung mit Krediten.

Ziel ist der Aufbau von Weltmarktführern in bestimmten Bereichen. Die Marke „Made in China“ soll dann nicht mehr für billige Massenware, sondern für Qualität und Effizienz stehen. Laut KPMG haben chinesische Unternehmen alleine 2016 bereits über fünf Milliarden Euro in deutsche Industrie- und Chemieunternehmen investiert. Im gleichen Zeitraum gab es in Deutschland 24 Übernahmen oder Übernahmeversuche durch chinesische Firmen. Damit steht Deutschland in Europa als Zielland chinesischer Direktinvestitionen vor Frankreich und Großbritannien auf dem ersten Platz. Deutsche Firmen, die in den letzten Jahren von Chinesen übernommen wurden, sind der Entsorger EEW, der Staplerhersteller Kion, der Maschinenbauer Krauss-Maffei und der Betonpumpenhersteller Putzmeister.

Feindliche Atmosphäre, bürokratische Hürden

Auf der anderen Seite fühlt sich in China jedes zweite ausländische Unternehmen im Vergleich zu chinesischen Wettbewerbern benachteiligt, so eine Umfrage der Europäischen Handelskammer in China. Deren Chef Jörg Wuttke berichtete gar von einer zunehmend feindlichen Atmosphäre. Bürokratische Hürden behinderten einen echten Marktzutritt. In einigen Branchen ist dies nur über ein Gemeinschaftsunternehmen mit einer heimischen Firma möglich. Bedingung ist oft die Offenlegung von Technologie. Der Finanzsektor ist fast ganz abgeschottet.

Dementsprechend sprach Botschafter Michael Clauss in einem Gastbeitrag für die *South China Morning Post* von asymmetrischen Investitionen, asymmetrischem Technologietransfer und asymmetrischem Wettbewerb: Offenheit in Europa, Regulierung in China.

Das wurde auch im Juni beim Besuch der Bundeskanzlerin und einer Wirtschaftsdelegation in China angesprochen. Angela Merkel nannte das vor der Presse die „Reziprozität der Investitionsbedingungen“. Zwar drängte die deutsche Delegation damit auf die Gleichbehandlung mit chinesischen Firmen in Europa, aber die meisten Manager glauben nicht, daß den Chinesen der offizielle Marktwirtschaftsstatus zum Ende des Jahres noch zu verweigern ist.

Der war China 2001 bei seinem Beitritt zur Welthandelsorganisation WTO nach Ablauf von 15 Jahren zugesagt worden. Auch wenn darüber noch gestritten wird, ist zu erwarten, daß die Chinesen aufgrund der Größe diesen Status bekommen werden. Die Kanzlerin hat auch schon ihre Unterstützung zugesagt. Das bedeutet wiederum, daß Gegenmaßnahmen wie Antidumpingverfahren gegen die Volksrepublik erschwert würden.

Das Ganze offenbart gerade auf deutscher Seite eine merkwürdige Haltung gegenüber der Marktwirtschaft: Während im Inland bei der Energiewende und Förderung der E-Mobilität marktwirtschaftliche Grundsätze über Bord geworfen werden, will die Regierung den chinesischen „asymmetrischen“ Wettbewerb mit dem Gütesiegel Marktwirtschaft belohnen.

Richtig ist, daß Globalisierung keine Einbahnstraße ist. Die deutsche Wirtschaft profitiert von China als Markt, Handelspartner und Produktionsstandort. Die Vorteile offener Märkte gelten nicht nur für den Warenverkehr, sondern auch für den Kapitalverkehr.

Aber Vorsicht geboten ist dann, wenn Markt und Wettbewerb eben nicht die entscheidenden Motive sind und Investoren direkt oder indirekt von staatlichen Stellen unterstützt werden. Hier droht der Verlust technologischer Vorsprünge und damit von Wettbewerbsfähigkeit als Standortfaktor für ein Hochlohnland.

Kuka: Kursexplosion im Mai

KUKA
ETR: KU2 - 21. Juli, 12:02 MESZ
107,30 EUR +0,15 (0,14 %)



Ihr Bestellschein
JF-Buchdienst - Hohenzollerndamm 27a - 10713 Berlin
Fax: 030 - 86 49 53 - 40 - Bestelltelefon: 030 - 86 49 53 - 25

Hiermit bestelle ich zur sofortigen Lieferung folgende Titel:

Expl.	Bestell-Nr.	Autor/Kurztitel	Euro

abschicken, faxen oder gehen Sie online: www.jf-buchdienst.de

Bestelladresse (Bitte in Druckbuchstaben ausfüllen) _____
Kundennummer (falls zur Hand) _____

Vorname/Name _____
Straße/Nr. (kein Postfach) _____
PLZ/Ort _____
Telefon _____ E-Mail _____

Datum/Unterschrift _____
Deutschland-Versandkostenfrei bei Bestellungen ab EUR 50,-. Bei Bestellungen unter EUR 50,- beträgt der Versandkostenanteil EUR 3,20. Postalisches Ausland: Belieferung nur gegen Vorkasse! Bei Lieferung in die EU-Länder fällt zusätzlich zum Buchpreis eine Versandkostenpauschale von EUR 12,- an. Für alle anderen europäischen Staaten beträgt die Pauschale EUR 14,-. Für außereuropäische Staaten EUR 18,-. Die Bücher sind vom Umtausch ausgeschlossen!

JF BUCHDIENST
JUNGE FREIHEIT Medienversand
gehen Sie online: jf-buchdienst.de

Hans-Hermann Gockel (Hrsg.)
Finale Deutschland
Asyl. Islam. Innere Sicherheit. Mit Klartext gegen die Gedankenlosigkeit
Hans-Hermann Gockel, der TV-Journalist und Nachrichten-Moderator (SAT.1 und N24), schreibt Klartext. Die politische Elite verfangt sich in Gedankenlosigkeit, Heuchelei und Scheinheiligkeit und verliert dabei die Kontrolle über maßgebliche Bereiche des öffentlichen Lebens. Mit dramatischen Folgen für Deutschland. 304 S., geb.
Best.-Nr.: 92933 EUR 19,99

Günter Zehm
An der Kehre
Über die Krise des Kapitalismus, des Westens und der Demokratie
Alles redet von Krise, doch worin besteht sie genau? Günter Zehm legt in diesem Buch mit Texten aus der Wochenzeitung JUNGE FREIHEIT den Finger in jede unserer eitenden Wunden: die Finanzkrise, die geistige Situation der heutigen westlichen Welt und die allgemein verdrängte Krise der Demokratie. 240 S., geb.
Best.-Nr.: 91468 EUR 9,90

Heike Buchter
BlackRock
Eine heimliche Weltmacht greift nach unserem Geld
Mächtig wie kein anderes Unternehmen. Gründer und Chef von BlackRock, Larry Fink, spinnst unsichtbare Fäden in der globalen Wirtschaft, aber auch hier, direkt vor unserer Haustür. Es ist höchste Zeit, BlackRock ins Visier zu nehmen. Dieses Buch ist unverzichtbar für alle, die sich mit der Finanzwelt auseinandersetzen und die wissen wollen, wer im Hintergrund die Fäden zieht. 280 S., geb.
Best.-Nr.: 92996 EUR 24,99

Alain de Benoist
Am Rande des Abgrunds
Eine Kritik der Herrschaft des Geldes
Das internationale Finanzsystem erschüttert, der Euro steht allen Anzeichen nach vor der Implosion. Die Schuldenberge wachsen, und die Haushaltsdefizite nehmen ungeheure Ausmaße an. Kündigt sich das Ende des Geldsystems an? Benoist zeichnet die Stufen der Finanzkrise nach und begibt sich auf die Suche nach ihren Ursprüngen. 182 S., Ln., SU
Best.-Nr.: 91469 EUR 19,90

Ulrich Horstmann, Gerald Mann
Bargeldverbot
Alles, was Sie über die kommende Bargeldabschaffung wissen müssen
In Italien und Frankreich sind Bargeldzahlungen ab 1000 Euro illegal, und viele deutsche Banken haben neben Tageslimits schon Wochenlimits eingeführt. Ab 2018 soll Bargeld in der EU ganz abgeschafft werden. Welche Folgen hat das für Sie, und wie können Sie sich schützen? 128 S., Pb
Best.-Nr.: 92781 EUR 6,99

Peter Hahne
Finger weg von unserem Bargeld!
Wie wir immer weiter entmündigt werden
Obdachlosenspende und Taschengeld künftig per Kreditkarte? Jeder Kauf registriert? Das Bargeld soll abgeschafft werden, damit Staat und Banken jederzeit lückenlos nachprüfen können, wie wir unser Geld ausgeben. Auch sonst nimmt die Überwachung zu. Peter Hahne erhebt Einspruch. 128 S., geb.
Best.-Nr.: 93074 EUR 10,00

Max Otte
Rettet unser Bargeld!
Droht die Abschaffung des Bargelds? Frei verfügbares Geld ist ein Fundament freier Gesellschaften. Schon eine Begrenzung von Bargeldzahlungen ermöglicht den Kontrollstaat. Eine Streitschrift von Prof. Dr. Max Otte, dem Prognostiker der Finanzkrise von 2008 („Der Crash kommt“)! 48 S., Pb.
Best.-Nr.: 93088 EUR 7,00